



Rede des Landrats Lothar Wölfle zur Einbringung des Kreishaushalts 2013 in der Kreistagssitzung am 21. November 2012

Sehr geehrte Kreisrätinnen und Kreisräte,
liebe Kolleginnen und Kollegen der Verwaltung,
meine sehr geehrte Damen und Herren,

wir legen Ihnen heute einen Haushaltsplan vor, der rund 273 Mio. Euro in Einnahmen und Ausgaben vorsieht. So groß war der Kreishaushalt noch nie. Besonders erfreulich ist, dass nach den eher dürftigen Jahren seit 2010 wieder Investitionen in einer Höhe von rund 24 Mio. Euro vorgesehen sind. Wir schlagen Ihnen vor, die Kreisumlage um drei Prozentpunkte zu senken und neben den ordentlichen Tilgungen in Höhe von knapp 3 Mio. zusätzliche außerordentliche Tilgungen in Höhe von weiteren 3 Mio. Euro zu tätigen. Der Haushalt ist in Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen. So könnten doch alle zufrieden sein und ich meine Haushaltsrede hiermit beenden.

Gestatten Sie mir dennoch einen Blick auf einige Details. Zunächst möchte ich einen Blick in die Vergangenheit werfen:

Unser neu gewählter Kreiskämmerer Uwe Hermanns konnte im Sommer dieses Jahres einen Jahresabschluss für das Haushaltsjahr 2011 vorlegen mit einem Rekordüberschuss von über 11 Mio. Euro. Diesen Betrag haben wir zunächst in die Rücklage gelegt und entnehmen dieser Rücklage nun wieder 7,1 Mio. Euro. Das ist der wichtigste Beitrag zum Ausgleich des Haushaltsentwurfs 2013.

Im zu Ende gehenden Jahr konnten wir aber auch den Abschlussbericht zur Effizienzrendite zur Kenntnis nehmen. Zur Erinnerung: Das Land Baden-Württemberg hat im Jahr 2005 eine Fülle von Aufgaben, die zuvor von selbstständigen unteren Sonderbehörden wahrgenommen wurden, den Landkreisen übertragen. Die Landkreise haben damals dem Land versprochen, diese Aufgaben um ein Fünftel, also um 20 % günstiger zu erledigen, als dies beim Land der Fall war. Dieses Ziel sollte bis Ende 2011 erreicht sein. Ein ehrgeiziges Ziel!

Dementsprechend sind die Zuweisungen des Landes für diese Aufgaben bis zum Jahresende 2011 um insgesamt 20 % reduziert worden. Der Bodenseekreis hat Vollzug gemeldet! Mit 20,3 % haben wir die Effizienzrendite sogar leicht übertroffen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass der Bodenseekreis bei den Einnahmen aus Vermessungsgebühren ein Defizit in Höhe von rund 700.000 Euro trägt. Dieses Schicksal teilen wir mit einer Vielzahl von anderen Landkreisen. Bei der Prognose für die aus Vermessungsgebühren zu erzielenden Einnahmen haben sich nämlich seinerzeit Land und Landkreise deutlich getäuscht. Leider waren weder die alte noch die neue Landesregierung bereit, die Konsequenzen aus diesem Irrtum zu ziehen und den Landkreisen die entgangenen Einnahmen auszugleichen. Berücksichtigt man dies, liegt die Effizienzrendite sogar weit über den erzielten 20,3 %. Mein Dank gilt an dieser Stelle insbesondere den Kolleginnen und Kollegen, die im Jahr 2005 zu uns gekommen sind. Es war ja nicht so ganz einfach, zum Teil völlig unterschiedliche „Verwaltungskulturen“ zusammenzuführen. Für manchen war der Verlust der Selbstständigkeit und der Gang zum Landratsamt eher Opfer als Freude. Auch wenn das eine oder andere Thema noch zu bearbeiten ist: Heute dürfen wir sagen, die Integration ist gelungen, wir ziehen an einem Strang. Der Bürger hat eine Verwaltung aus einem Guss, in einem Haus und dies noch deutlich günstiger als zuvor. Wir haben in den vergangenen Jahren alle Ämter, die zu uns gekommen sind, einer genauen Organisationsuntersuchung unterzogen. Dabei kam es zu zum Teil deutlichen Personalreduzierungen. Ich erinnere nur an die jüngsten Ergebnisse der Organisationsberatung im Vermessungsamt, die eine Halbierung des Personalbestandes zur Folge haben wird. Wir bleiben bei diesem Ergebnis aber nicht stehen. Die Erfahrungen aus den Organisationsuntersuchungen übertragen wir derzeit auf alle anderen Ämter des Hauses. So findet aktuell etwa die Untersuchung der Hauptverwaltung statt. Wir werden dem Kreistag wieder berichten.

Und damit komme ich zum Haushaltsplanentwurf 2013. Trotz allem ist, was ich gerader berichtet habe, der Personaletat wiederum insgesamt gestiegen. Dies hängt vor allem mit zusätzlichen Aufgabenzuweisungen zusammen. Glücklicherweise haben zumindest in diesem Bereich Bund und Land erkannt, dass es notwendig ist, nicht nur Aufgaben an die Landratsämter zu übertragen, sondern dafür auch die notwendigen Finanzmittel zur Verfügung zu stellen. So können geplante zusätzliche sechs Stellen fast komplett über zusätzliche Zuweisungen finanziert werden. Überhaupt ist es einmal mehr ganz interessant, die Personalausgaben nicht nur brutto zu betrachten, sondern auch die entgegenstehenden Einnahmen. Von den veranschlagten 43,5 Mio. Euro an Personalausgaben sind nämlich immerhin 15,9 Mio. durch Einnahmen gegenfinanziert, sodass mehr als ein Drittel der Personalausgaben nicht vom Kreishaushalt zu tragen ist.

Größter Einzelhaushalt im Haushaltsplanentwurf des Jahres 2013 ist wiederum der Sozialhaushalt. Er macht erneut mehr als die Hälfte der Gesamtausgaben aus. Fallzahlensteigerungen bei der Eingliederungshilfe wie auch Steigerungen der Vergütungssätze für die Behinderteneinrichtungen, die ihrerseits mit gestiegenen Personal- und Energiekosten zu kämpfen haben, führen dazu, dass wir im Bereich der Eingliederungshilfe für Behinderte erneut Mehrausgaben in Höhe von 2,4 Mio. Euro zu verzeichnen haben und im Bereich der Jugendhilfe um rund 1 Mio. Euro. Vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung, dem medizinischen Fortschritt, der auch behinderten Menschen es ermöglicht, deutlich älter zu werden, aber auch vor dem Hintergrund der Inklusionsdiskussion werden wir uns darauf einstellen müssen, dass dieser Bereich weiterhin deutliche Ausgabensteigerungen zu verzeichnen hat.

Erfreulich ist auf der anderen Seite zu vermerken, dass im Bereich des Jobcenters die Ausgaben sinken. Seit mehreren Monaten liegt der Bodenseekreis mit einer SGB II-Quote von 1,1 % an der Spitze aller Landkreise in Baden-Württemberg. Dies ist natürlich auf die hervorragende Konjunkturlage zurückzuführen, aber auch auf die ausgezeichneten Erfolge der Kolleginnen und Kollegen im Jobcenter bei der Vermittlung von Langzeitarbeitslosen. Auch hierfür meinen herzlichen Dank!

Lassen Sie mich einen Blick auf den Vermögenshaushalt mit den wesentlichen Investitionen im kommenden Jahr werfen:

Der Bodenseekreis wird zusätzlich zu den jährlichen Schulbudgets rund 2,5 Mio. Euro in die Schulen in Markdorf, Überlingen, Friedrichshafen und Tettnang sowie die Zeppelin-Universität investieren. Besonders dankbar bin ich dem Kreistag, dass er unserem Vorschlag für ein Zehnjahresprogramm zur technologischen Erneuerung der Werkstätten an den beiden gewerblichen Schulen in Überlingen und Friedrichshafen zugestimmt hat. Der Landkreis trägt damit erheblich dazu bei, dass junge Leute in unserer hochtechnologisierten Region so ausgebildet werden können, dass sie hervorragende Chancen am Arbeitsmarkt haben.

Trotzdem macht mir die Entwicklung an den Berufsschulen Sorgen. Auch wenn der Bodenseekreis nach Aussagen des Statistischen Landesamtes weiterhin und noch länger als bisher vermutet, nämlich bis ins Jahr 2030 als Wachstumsregion anzusehen ist, so spüren doch auch wir die demographische Entwicklung. Insbesondere in den handwerklichen Ausbildungsberufen gehen die Ausbildungszahlen zurück. Hierauf müssen wir uns einstellen. Der Landtag von Baden-Württemberg hat noch in der letzten Legislaturperiode mit den Stimmen aller Fraktionen einen Bericht zur Weiterentwicklung der beruflichen Bildung verabschiedet. Die neue Landesregierung hat in ihrem Koalitionsvertrag angekündigt, die Ergebnisse dieses Berichtes zügig umzusetzen. Allein: Heute ist festzustellen, dass sich hier nichts, aber auch rein gar nichts tut. Bei allem Verständnis dafür, dass die Gemeinschaftsschule einen wichtigen Platz in der schulpolitischen Diskussion einnimmt, darf die berufliche Bildung nicht vergessen werden. Wir brauchen dringend das Instrumentarium, um uns auf die Zukunft einzustellen. Ein Beispiel hierzu: Zu Beginn des jetzt laufenden Schuljahres hat uns das Regierungspräsidium in Tübingen kurzfristig mitgeteilt, dass die Fachklasse für Bürokauffrau/-kaufmann in Überlingen aufgrund mangelnder Nachfrage nicht weitergeführt werden kann. Das ist für mich alles andere als eine vorausschauende Schulpolitik! Schon seit Langem wird darüber nachgedacht, die Ausbildungsklassen zu sogenannten „Ausbildungsfamilien“ zusammenzuführen. So könnten etwa im Nahrungsmittelhandwerk Köche, Metzger und Bäcker in vielen Bereichen gemeinschaftlich ausgebildet werden. Wir bräuchten also nicht in jedem Handwerk

eine Klasse, sondern könnten effizient gemeinsam ausbilden und damit auch Standorte in der beruflichen Bildung sichern. Das muss man nun aber auch tun! Es ist nicht nur mein persönlicher Eindruck, sondern der des Landkreistages insgesamt, dass das Kultusministerium in Sachen berufliche Bildung mittlerweile auf Tauchstation gegangen ist. Ich fordere dringend die Landesregierung auf, sich dieses Thema anzunehmen!

Der zweite große Investitionsbereich im Vermögenshaushalt 2013 sind die Kreisstraßen. Insgesamt summieren sich kleinere Maßnahmen, Ausbauten, Sanierungen und Radwegebauten auf rund 3,8 Mio. Euro. Ich gebe zu: Hier hätte ich gerne noch mehr ausgegeben. Seit Kurzem ist der Planfeststellungsbeschluss für die Südumfahrung Kehlen rechtskräftig. Der Verwaltungsgerichtshof in Mannheim hat unsere Planung in vollem Umfang bestätigt. Die Planer, die Planfeststellungsbehörde beim Regierungspräsidium und unser Straßenbauamt haben hervorragende Arbeit geleistet. Herzlichen Dank dafür! Jetzt könnten wir eigentlich bauen.

Wir könnten, wenn nicht die Landesregierung ein Moratorium bis 2014 erlassen hätte, das vorsieht, dass keine neuen Straßenbaumaßnahmen gefördert werden. Wenn ich höre, dass dies zur Folge hat, dass noch nicht einmal die ohnehin reduzierten Straßenbaumittel für das Jahr 2012 in vollem Umfang abgerufen werden können, dann drängt sich schon die Frage auf, ob dies die richtige Politik ist. Es hat auch keinen Wert, ständig auf sinkende Bevölkerungszahlen hinzuweisen. Ich habe es schon erwähnt: Das Statistische Landesamt sieht für den Bodenseekreis ein Bevölkerungswachstum mindestens noch in den nächsten 20 Jahren voraus. Man muss in der Politik einfach einmal die Fakten zur Kenntnis nehmen. Ich halte es deshalb für unbedingt erforderlich, dass der Kreistag an seinem Kreisstraßenausbauprogramm, das er im Jahr 2003 beschlossen hat, festhält. Dann muss aber auch das Land dazu beitragen, dass wir diese Aufgaben schultern können.

Ein großer Brocken im neuen Haushalt ist die zweite Rate der Kapitalerhöhung für den Flughafen. Während wir noch im Haushaltsjahr 2012 einen ersten Teilbetrag in Höhe von 860.000 Euro zur Verfügung stellen, folgt 2013 der Rest in Höhe von 2.594.600 Euro. Ich bin dem Kreistag außerordentlich dankbar, dass er sich in aller

Deutlichkeit zu unserem Bodensee-Airport bekannt hat, und ich erwarte, dass wir die noch notwendigen Gesellschafterbeschlüsse bis zum Jahresende unter Dach und Fach haben werden.

Lassen Sie mich zu einem Thema kommen, das vor allem die Bürgermeister im Landkreis immer besonders interessiert, nämlich die Kreisumlage. An manchem überraschten Gesicht habe ich erkannt, dass kaum einer mit dem Vorschlag für eine so deutliche Senkung des Kreisumlagehebesatzes gerechnet hat, wie an diesem Haushaltsplanentwurf nun vorgesehen ist. Was die Kreisumlage angeht, habe ich immer wieder darauf hingewiesen, dass man nicht nur auf den Hebesatz, sondern auf die tatsächlichen Einnahmen sehen soll. Der Hebesatz von 35 Prozentpunkten im Jahr 2012 führte zu einer Kreisumlageeinnahme beim Landkreis in Höhe von 72 Mio. Euro. Der nun deutlich reduzierte Hebesatz von 32 Prozentpunkten führt zu einer Einnahme in Höhe von 75 Mio. Euro. Es scheint mir also gegenüber den Städten und Gemeinden im Landkreis fair zu sein, den Hebesatz wie dargestellt zu senken. Allerdings möchte ich auch darauf hinweisen, dass wir damit der üblichen Faustformel, wonach die Kreisumlage den Zuschussbedarf des Sozialhaushaltes wenigstens abdecken sollte, nicht ganz gerecht werden. Den Einnahmen aus der Kreisumlage in Höhe von 75 Mio. Euro steht ein Zuschussbedarf aus dem Sozialhaushalt in Höhe von 80,7 Mio. Euro gegenüber. Dies, wie auch ein Blick in die Zukunft, hätten durchaus Argumente dafür hergegeben, die Kreisumlage weniger deutlich zu senken. Berücksichtigt man nämlich, dass die anstehende Generalsanierung des alten Landratsamtes und die Einrichtung eines Bürgeramtes im kommenden Jahr nur mit 2,5 Mio. Euro berücksichtigt sind, während schon heute die hochgerechneten Kosten allein für die energetische Sanierung des Gebäudes sich auf rund 8 Mio. Euro belaufen, berücksichtigt man weiter, dass wir ab 2014 damit rechnen, dass wir an die Verwirklichung der Südumfahrung Kehlen gehen können, führt man sich in Erinnerung, dass die energetische Sanierung auch des Gebäudes Albrechtstraße 75 des Landratsamtes, also des alten IBM-Gebäudes, noch aussteht und das Bildungszentrum Markdorf ebenfalls in absehbarer Zeit energetisch zu sanieren ist, dann stehen erhebliche Ausgaben in den Folgejahren an. Diese werden wir aller Voraussicht nach nicht mit dem jetzt vorgeschlagenen Kreisumlagehebesatz verwirklichen können. Wir vertrauen jedoch darauf, dass der Kreistag dann, wenn es notwendig ist, sich auch zu einer Erhöhung der Kreisumlage

bekannt. Immerhin ist es ja auch so, dass wir die Rücklage des Bodenseekreises nicht auf die Mindestrücklage abschmelzen. Ich halte dies für sinnvoll und vorausschauend, um auch angesichts erster Anzeichen für eine Abschwächung der Konjunktur einen gewissen finanziellen Puffer zu haben. Da sich außerdem abzeichnet, dass wir das Haushaltsjahr 2012 wiederum mit einem - wenn auch gegenüber 2011 deutlichen geringeren - Überschuss abschließen werden, so erscheinen mir die finanziellen Spielräume des Landkreises durchaus als gegeben. Dies rechtfertigt aus meiner Sicht die Senkung der Kreisumlage um die vorgeschlagenen 3 Prozentpunkte.

Auf der Einnahmeseite dürften wir erneut mit einem schönen Zubrot seitens der OEW mit 6,3 Mio. Euro rechnen. Das sind immerhin knapp 3 Prozentpunkte Kreisumlage. Ich erlaube mir, erneut daran zu erinnern, dass davon alle Städte und Gemeinden im Landkreis profitieren, egal ob sie durch Konzessionsverträge mit der EnBW einen eigenen Beitrag dazu leisten oder eben nicht. Apropos OEW: Der neue Vorsitzende der Oberschwäbischen Elektrizitätswerke, Herr Landratskollege Seiffert aus dem Alb-Donau-Kreis hat aufgrund eines entsprechenden Beschlusses der OEW-Landräte angekündigt, dass künftig jährlich Informationsveranstaltungen zur aktuellen Geschäftspolitik der OEW aber auch der EnBW stattfinden werden. Damit sollen alle Kreisrätinnen und Kreisräte aus den neun OEW-Landkreisen stärker eingebunden werden, als dies bisher der Fall war. Gerade aus dem Kreistag des Bodenseekreises heraus ist das eine oder andere in Sachen OEW und EnBW ja immer wieder auch einmal kritisch beleuchtet worden. Ich möchte Sie herzlich einladen, von diesem Angebot rege Gebrauch zu machen. Nächstes Jahr treffen wir uns am 18. Oktober in Pfullendorf.

Apropos Energie: Wir alle haben gelesen, dass die EnBW den zweiten Offshore-Windpark im Moment zurückstellen muss, weil die Kabelanbindung an Land vom dortigen Netzbetreiber nicht sicher gestellt werden kann. Praktisch zeitgleich haben die Stadtwerke im Südwesten Deutschlands sich von ihrem Windkraft-Projekt verabschiedet. Da kommt doch eigentlich das Angebot der EnBW an die Stadtwerke, sich an den neuen Wasserkraftwerken wie etwa in Gamsheim zu beteiligen, gerade recht. Dieses Angebot steht und es wäre höchste Zeit, dass auch die Akteure im Bodenseekreis endlich die gegenseitigen Berührungspunkte über Bord werfen und

im Sinne einer sicheren, ökologischen und bezahlbaren Energieversorgung zusammen arbeiten.

Aber auch der Bodenseekreis selber macht Ernst mit der Energiewende. Wir haben uns im Rahmen des „European Energy Award“ verpflichtet, unsere Gebäude energieeffizienter zu gestalten. Sorgenkinder sind hier insbesondere das Bildungszentrum Markdorf, das Landratsamtsgebäude Albrechtstraße 75 und das „alte Landratsamt“ in der Glärnischstraße. Noch in der heutigen Sitzung werden wir die Planungsleistungen für die Sanierung der Glärnischstraße vergeben und im nächsten Jahr ist eine erste Rate für die Generalsanierung im Haushaltsplanentwurf enthalten.

Abschließend möchte ich auf ein Thema eingehen, das mir seit Beginn meiner Amtszeit als Landrat des Bodenseekreises besonders am Herzen lag und nach wie vor liegt, nämlich die Verschuldung unseres Landkreises. Der Haushaltsplanentwurf für das Jahr 2013 sieht vor, dass wir neben der ordentlichen Tilgung von Verbindlichkeiten in Höhe von annähernd 3 Mio. Euro zusätzlich weitere 3 Mio. Euro außerordentlich tilgen. Wenn alles so kommt, wie wir uns vorstellen, werden wir also am Jahresende 2013 noch eine Verschuldung in Höhe von 40,5 Mio. Euro haben. Das ist mir, ehrlich gesagt, immer noch deutlich zu viel und wir sind immer noch über der Durchschnittverschuldung der baden-württembergischen Landkreise. Berücksichtige ich allerdings, dass der Schuldenstand des Landkreises, als ich hierher gekommen bin, bei annähernd 59 Mio. Euro lag, so dürfen wir heute doch feststellen, dass unsere gemeinsamen Bemühungen dazu geführt haben, den Schuldenstand des Bodenseekreises um rund 18,3 Mio. Euro oder immerhin fast ein Drittel zu senken. Ich glaube, dass ich das ein respektables Ergebnis nennen darf. Dafür meinen ganz herzlichen Dank an den Kreistag, der diese Linie mitgetragen hat und alle meine Kolleginnen und Kollegen im Landratsamt, die durch sparsames Haushalten dieses Ergebnis ermöglicht haben! Die zukünftigen Generationen, die ihrerseits ihre Investitionsbedürfnisse haben werden, werden uns danken, dass wir ihre Investitionsmöglichkeiten nicht durch hohe Schulden einschränken. Aber wie gesagt: Wir sind noch nicht am gemeinsam erklärten Zwischenziel, nämlich der Durchschnittverschuldung aller Landkreise, angelangt. Wir werden uns also weiter nach der Decke strecken müssen.

Alles in allem legen wir Ihnen heute einen Haushaltsplanentwurf vor, der sich wohl sehen lassen kann. Mit den Investitionen in Bildung und Straßenbau setzen wir klare Zeichen für die Zukunft des Bodenseekreises. Mit der deutlichen Absenkung der Verschuldung machen wir verantwortungsbewusste Finanzpolitik. Und mit der deutlichen Senkung der Kreisumlage zeigen wir, dass wir die kommunale Familie nicht nur beschwören, sondern sie auch leben.

Zum Schluss danke ich allen Kolleginnen und Kollegen, die bei der Erstellung des Haushaltsplans mitgearbeitet haben. Allen voran sage ich heute ein ganz besonderes herzliches Dankeschön Herrn Hermanns. Er hat, als ich im Januar dieses Jahres ihn gebeten habe, die Leitung des Dezernats 3 interimsmäßig zu übernehmen, sich der Doppelbelastung als Leiter des Kämmereiamtes und des Dezernats sofort und ohne Zögern gestellt. In einem guten und kollegialen Miteinander und mit tatkräftiger Unterstützung seiner Stellvertreterin, Frau Schwarzkopf, hat er den vorliegenden Haushaltsplanentwurf termingerecht fertiggestellt. Seine Bestellung zum Kreiskämmerer in der vorangegangenen nichtöffentlichen Sitzung war konsequent. Dafür noch einmal meinen Dank an den Kreistag.

Und nun danke ich für Ihre Aufmerksamkeit.

Friedrichshafen, 21. November 2012

Lothar Wölfle